



CORE Newsletter #32

Dezember / Décembre 2022

Zum Weihnachtsfest besinnliche Stunden.

Belles fêtes de fin d'année.

Zum Jahresende Dank für Vertrauen und Treue.

Merci pour votre confiance et votre fidélité.

Zum neuen Jahr Gesundheit, Glück und Erfolg.

Succès, santé et chance pour la nouvelle année.



Editorial

Sehr geehrte Kundinnen und Kunden Sehr geehrte Leserinnen und Leser

Eine wahrlich bewegende Zeit in der wir leben. Kaum ist die weltweite Covid-19 Pandemie etwas abgeflacht, führte der russische Angriffskrieg zu neuen Unsicherheiten. Themen wie steigende Energiepreise, Zinsen und Inflation sind allgegenwärtig und stellen Unternehmen sowie Privathaushalte vor weitere, grosse Herausforderungen.

Neben diesen globalen Unsicherheiten kommt es in der Schweiz ab dem 1. Januar 2023 zu einigen Gesetzesänderungen wie beispielsweise im Bereich der Steuern oder die Revision des Aktienrechts, die in Kraft treten. Damit kommen weitere Neuerungen auf die Unternehmen und Privatpersonen zu, die auch Chancen bieten. Diese zu nutzen, wollen wir Ihnen helfen. Mit dem vorliegenden CORE Newsletter «Aktualitäten des Folgejahres» sensibilisieren wir Sie für die wesentlichen Änderungen, damit Sie zumindest in dieser Hinsicht gut vorbereitet in das neue Jahr starten können.

Wir heben für Sie einige ausgewählte Aspekte im Zusammenhang mit der Aktienrechtsreform wie die neuen Handlungspflichten eines Vereinsvorstandes bei drohender Zahlungsunfähigkeit, allfällig notwendig werdende Statutenänderungen oder die Zulässigkeit einer Zwischendividende hervor. Die wesentlichen Änderungen im Bereich der Steuern wie die Erhöhung des Abzugs für familienexterne Kinderbetreuung, die Erhöhung der mehrwertsteuerlichen Umsatzgrenze für gemeinnützige Institutionen sowie nicht gewinnstrebige, ehrenamtliche Sport- und Kulturvereine oder die Reduktion der Beteiligungsquote für das Meldeverfahren bei der Verrechnungssteuer bringen ab dem neuen Jahr Vorteile. Hinsichtlich der Digitalisierung von Buchhaltungen zeigen wir die Vorteile einer automatisierten Kreditorenbuchhaltung mit Abacus auf.

Zudem entwickeln auch wir uns stetig und freuen uns, dass wir mit Thomas Bachmann einen ausgewiesenen Experten als neuen Leiter Steuern & Recht gewinnen konnten. Mit seiner langjährigen Erfahrung und seiner ausgewiesenen Kompetenz können wir Sie noch fundierter unterstützen.

In diesem Sinne, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich Ihnen eine interessante und anregende Lektüre und einen gelungenen Start in ein neues herausforderndes Jahr.

Chers clientes et clients, Chers lectrices et lecteurs,

La période que nous vivons est décidément très agitée. À peine la pandémie mondiale de Covid-19 s'est-elle calmée que la guerre d'agression russe a entraîné de nouvelles incertitudes. Parmi les thèmes omniprésents, citons la hausse des prix de l'énergie, des taux d'intérêt et de l'inflation, qui mettent les entreprises et les ménages face à de nouveaux défis de taille.

Hormis ces incertitudes globales, notre pays connaîtra quelques changements législatifs à partir du 1^{er} janvier 2023, comme p. ex. l'entrée en vigueur de la révision du droit des sociétés anonymes ou des modifications fiscales. Ainsi, les entreprises et les particuliers seront confrontés à d'autres changements qui offriront également des opportunités. Et, nous voulons vous aider à les saisir. Avec la présente newsletter CORE «Actualités pour l'année à venir», nous souhaitons vous sensibiliser aux principaux changements afin que vous puissiez, du moins à cet égard, commencer la nouvelle année dans les meilleures conditions.

Nous désirons mettre en évidence pour vous dans le contexte de la réforme du droit de la société anonyme quelques aspects dont font partie les nouveaux devoirs d'un comité d'association en cas de menace d'insolvabilité, les éventuelles modifications nécessaires des statuts ou l'admissibilité d'un dividende intermédiaire. Les modifications essentielles dans le domaine fiscal, telles que le relèvement du montant déductible pour la garde extrafamiliale des enfants, le relèvement de la limite du chiffre d'affaires soumis à la TVA pour les institutions d'utilité publique ainsi que pour les associations sportives et culturelles bénévoles sans but lucratif ou la réduction du taux de participation pour la procédure de déclaration à l'impôt anticipé, présentent des avantages dès la nouvelle année. Concernant la digitalisation des comptabilités, nous vous présentons les avantages d'une comptabilité créanciers automatisée avec Abacus.

Par ailleurs, nous commencerons, nous aussi, le nouvel exercice avec un vent nouveau et nous nous réjouissons d'avoir pu accueillir un expert chevronné en la personne de Thomas Bachmann en tant que nouveau responsable Fiscalité & Droit. Sa grande expérience nous permettront de vous apporter un soutien encore plus pointu.

Je vous souhaite, chères lectrices et chers lecteurs, une agréable et stimulante lecture et un bon départ dans une nouvelle année remplie de défis.



Reto Käser
Partner, Dipl. Wirtschaftsprüfer
Partenaire, Expert-comptable dipl.

Steuern & MWST

Steuerliche Neuerungen im Jahr 2023

Per 1. Januar 2023 treten im Steuerbereich auf Bundesebene diverse Änderungen in Kraft, auf die nachfolgend in Kürze hingewiesen werden soll.

Erhöhung des Abzugs für familienexterne Kinderbetreuung: Bei der direkten Bundessteuer wird der maximale Abzug für die familienexterne Kinderbetreuung von 10 100.– auf 25 000.– Franken erhöht. Der Kinderdrittbetreuungsabzug setzt weiterhin nicht zwingend eine Erwerbstätigkeit voraus, sondern er kann auch bei einer Ausbildung oder einer Erwerbsunfähigkeit geltend gemacht werden. Den Abzug können nur jene Personen geltend machen, die zusammen mit den drittbetreuten Kindern im gleichen Haushalt leben und für deren Unterhalt sorgen. Der Abzug kann nur für Kinder beansprucht werden, die das 14. Altersjahr noch nicht vollendet haben. Drittbetreuungskosten, die ausserhalb der Arbeits- oder Ausbildungszeit der Eltern angefallen sind, wie etwa durch Babysitten am Abend oder für Freizeitaktivitäten (Tenniskurs, Malkurs etc.), können nach wie vor nicht abgezogen werden.

Erhöhung der mehrwertsteuerlichen Umsatzgrenze bei nicht gewinnstrebigem, ehrenamtlich geführten Sport- und Kulturvereinen sowie gemeinnützigen Institutionen: Die Umsatzgrenze, bis zu der nicht gewinnstrebige, ehrenamtlich geführte Sport- und Kulturvereine sowie gemeinnützige Institutionen von der Mehrwertsteuer befreit sind, wird von 150 000.– auf 250 000.– Franken angehoben. Vereinen und gemeinnützigen Institutionen empfehlen wir, zu prüfen, ob sie sich aus dem Mehrwertsteuerregister löschen lassen können, weil sie die neue Umsatzgrenze nicht mehr erreichen. Für die Löschung ist eine schriftliche Abmeldung bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung ESTV notwendig. Ohne Abmeldung gilt die Steuerpflicht weiterhin.

Die Umsatzgrenze, bis zu der nicht gewinnstrebige, ehrenamtlich geführte Sport- und Kulturvereine sowie gemeinnützige Institutionen von der Mehrwertsteuer befreit sind, wird von 150 000.– auf 250 000.– Franken angehoben.

Reduktion der Beteiligungsquote für das Meldeverfahren im Konzern bei der Verrechnungssteuer: Die Beteiligungsquote, ab der bei der Verrechnungssteuer das Meldeverfahren im Konzern zulässig ist, wird von 20 % auf 10 % gesenkt. In diesen Fällen kann auf die Steuerentrichtung mit anschliessender Rückerstattung verzichtet werden. Ausserdem wird das Meldeverfahren zukünftig nicht nur für Kapitalgesellschaften oder Genossenschaften möglich sein, sondern für alle juristischen Personen, die eine qualifizierende

Beteiligung halten. Die im internationalen Verhältnis vorgängig einzuholende Bewilligung für die Anwendung des Meldeverfahrens wird neu fünf statt wie bisher drei Jahre gelten. Auch hier wird analog dem nationalen Verhältnis das Meldeverfahren ausgedehnt auf Gesellschaften im Sinne des jeweils anwendbaren Doppelbesteuerungsabkommens. Diese Änderungen führen für den Konzern zu einem Liquiditätsvorteil in der Zeitspanne zwischen der Erhebung und der Rückerstattung der Verrechnungssteuer. Ausserdem erfolgt eine administrative Erleichterung für die Unternehmen und die Eidgenössische Steuerverwaltung.

Steuerliche Aspekte der Aktienrechtsreform: Die per 1. Januar 2023 in Kraft tretende Aktienrechtsreform hat gewisse steuerliche Implikationen. Namentlich das Kapitalband gemäss Art. 653s ff. des Obligationenrechts (OR) führt zu Anpassungen. Beim Kapitalband können die Statuten den Verwaltungsrat ermächtigen, während ei-



Alain Zbinden
Rechtsanwalt, dipl. Steuerexperte
Avocat, Expert fiscal diplômé

ner Dauer von längstens fünf Jahren das Aktienkapital innerhalb einer Bandbreite (Kapitalband) zu verändern. Die Statuten legen fest, innerhalb welcher Grenzen der Verwaltungsrat das Aktienkapital erhöhen und herabsetzen darf. Die obere Grenze des Kapitalbands darf das im Handelsregister eingetragene Aktienkapital höchstens um die Hälfte übersteigen. Die untere Grenze des Kapitalbands darf das im Handelsregister eingetragene Aktienkapital höchstens um die Hälfte unterschreiten. Gerne orientieren wir Sie persönlich über die Details zu den steuerlichen Aspekten.

Steuern & MWST

Les nouveautés fiscales en 2023

Dans le domaine fiscal fédéral, diverses modifications entreront en vigueur le 1^{er} janvier 2023 et sont brièvement explicitées ci-dessous.

Relèvement de la déduction pour la garde extrafamiliale des enfants: au niveau de l'impôt fédéral direct, la déduction maximale pour la garde extrafamiliale des enfants est augmentée de CHF 10 100.- à CHF 25 000.-. La déductibilité de la garde des enfants par des tiers ne requiert toujours pas nécessairement l'exercice d'une activité lucrative, mais peut également être demandée en cas de formation ou d'incapacité de travail. Seules les personnes qui vivent dans le même ménage que les enfants dont elles ont la charge et qui subviennent à leur entretien peuvent faire valoir cette déduction. Elle est uniquement applicable aux enfants qui n'ont pas encore atteint l'âge de 14 ans. En revanche, les frais de garde par des tiers en dehors du temps de travail ou de formation des parents, par exemple pour du baby-sitting en soirée ou pendant les loisirs des parents (cours de tennis, de peinture, etc.), sont exclus de la déduction.

Au niveau de l'impôt fédéral direct, la déduction maximale pour la garde extrafamiliale des enfants est augmentée de CHF 10 100.- à CHF 25 000.-.

Relèvement du plafond du chiffre d'affaires soumis à la TVA pour les associations sportives et culturelles sans but lucratif gérées bénévolement ainsi que pour les institutions d'utilité publique: pour les associations sportives et culturelles sans but lucratif gérées bénévolement ainsi que pour les institutions d'utilité publique, le plafond du chiffre d'affaires exonéré de la TVA est relevé de CHF 150 000.- à CHF 250 000.-. Nous recommandons aux associations et aux institutions d'utilité publique de vérifier si elles peuvent se faire radier du registre de la TVA dans le cas où elles n'atteindraient pas la nouvelle limite de chiffre d'affaires. Pour obtenir la radiation, il est nécessaire de s'annoncer par écrit auprès de l'Administration fédérale des contributions. Sans demande de radiation, l'assujettissement à la TVA reste en vigueur.

Pour les associations sportives et culturelles sans but lucratif gérées bénévolement ainsi que pour les institutions d'utilité publique, le plafond du chiffre d'affaires exonéré de la TVA est relevé de CHF 150 000.- à CHF 250 000.-.

Réduction du taux de participation relatif à la procédure de déclaration au sein du groupe pour l'impôt anticipé: le taux de participation à partir duquel la procédure de déclaration au sein du groupe est autorisée pour l'impôt anticipé sera réduit de 20 % à 10 %. Il est dès lors possible de renoncer au paiement de l'impôt anticipé et ainsi, d'annuler le remboursement consécutif. La procédure de déclaration ne sera par ailleurs plus uniquement réservée aux sociétés de capitaux ou aux coopératives, mais s'appliquera à toutes les personnes morales qui détiennent une participation qualifiée. L'autorisation préalable requise pour l'application de la procédure de déclaration dans les relations internationales sera désormais valable cinq ans au lieu de trois. Par analogie aux relations nationales, la procédure de déclaration sera également étendue aux sociétés au sens de la convention de double imposition applicable. Pour le groupe, ces modifications se traduisent par un avantage de trésorerie entre la perception et le remboursement de l'impôt anticipé. Il en résulte en outre un allègement administratif pour les entreprises et l'administration fédérale des contributions.

Aspects fiscaux de la révision du droit de la société anonyme: la révision du droit de la société anonyme qui entrera en vigueur le 1er janvier 2023 entraîne certaines implications fiscales. Des adaptations sont notamment présentes en ce qui concerne la marge de fluctuation du capital selon les articles 653s ss du Code des Obligations (CO). Les statuts peuvent autoriser le conseil d'administration à modifier le capital-actions à l'intérieur d'une fourchette (marge de fluctuation du capital) pour une durée maximale de cinq ans. Les statuts définissent les limites dans lesquelles le conseil d'administration peut augmenter et réduire le capital-actions. La limite supérieure de la marge de fluctuation du capital ne peut excéder de plus de moitié le capital-actions inscrit au registre du commerce. La limite inférieure de la marge de fluctuation du capital ne peut être inférieure à la moitié du capital-actions inscrit au registre du commerce. C'est avec plaisir que nous vous conseillons personnellement quant aux détails des aspects fiscaux.

Treuhand

Veränderungen für Vereine ab 01.01.2023

Auswirkungen der Aktienrechtsreform

Die Aktienrechtsreform betrifft nicht nur Kapitalgesellschaften. Von einigen Neuerungen sind auch Vereine und Verbände betroffen, insbesondere **Vereine**, deren Zweckerfüllung ein **kaufmännisches Gewerbe** bedingt oder die **revisionspflichtig** sind. Diese müssen sich im Handelsregister eintragen lassen und unterliegen bei drohender Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung den Bestimmungen gemäss Art. 725, 725b und 725c OR. Droht der Verein **zahlungsunfähig** zu werden, so ergreift der Vorstand Massnahmen zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit. Er trifft allenfalls weitere Massnahmen zur Sanierung oder beantragt der Mitgliederversammlung solche, soweit sie in deren Zuständigkeit fallen. Der Vorstand hat mit der gebotenen Eile zu handeln.

Besteht **begründete Besorgnis einer Überschuldung**, so ist unverzüglich je ein Zwischenabschluss zu Fortführungs- und Veräusserungswerten zu erstellen. Auf den Zwischenabschluss zu Veräusserungswerten kann verzichtet werden, wenn die Annahme der Fortführung gegeben ist und der Zwischenabschluss zu Fortführungswerten keine Überschuldung aufweist. Der Vorstand lässt die Zwischenabschlüsse durch die Revisionsstelle oder, wenn eine solche fehlt, durch einen zugelassenen Revisor prüfen; er ernennt den zugelassenen Revisor.

Ist der Verein gemäss den beiden Zwischenabschlüssen **überschuldet**, so benachrichtigt der Vorstand das Gericht. Die Benachrichtigung kann unterbleiben,

- > wenn Gläubiger im Ausmass der Überschuldung im Rang hinter alle anderen Gläubiger zurücktreten und ihre Forderungen inkl. Zinsen während der Dauer der Überschuldung stunden; oder
- > solange begründete Aussicht besteht, dass die Überschuldung innert

angemessener Frist, spätestens aber 90 Tage nach Vorliegen der geprüften Zwischenabschlüsse, behoben werden kann und dass die Forderungen der Gläubiger nicht zusätzlich gefährdet werden.

Vorstand und Revisionsstelle oder zugelassener Revisor handeln mit der gebotenen Eile.

Zur **Behebung einer Überschuldung** dürfen Grundstücke und Beteiligungen, deren wirklicher Wert über die Anschaffungs- oder Herstellungskosten gestiegen ist, bis höchstens zu diesem Wert aufgewertet werden. Der Aufwertungsbeitrag ist gesondert, als Aufwertungsreserve auszuweisen. Die Aufwertung ist nur zulässig, wenn die Revisionsstelle oder, wenn eine solche fehlt, ein zugelassener Revisor schriftlich bestätigt, dass die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten sind.

Lockerung der Mehrwertsteuerpflicht für Vereine

Gemäss aktueller Gesetzgebung sind ehrenamtlich geführte, nicht-gewinnstrebige Sport- und Kulturvereine sowie gemeinnützige Institutionen von der Mehrwertsteuer (MWST) befreit, sofern sie im In- und Ausland pro Jahr weniger als CHF 150 000.- Umsatz aus Leistungen erzielen, die nicht von der MWST ausgenommen sind. Ausgenommen sind beispielsweise statutarisch festgesetzte Mitgliederbeiträge oder Eintrittsgelder für kulturelle und sportliche Veranstaltungen wie Theater, Musikkonzerte oder Fussballspiele. Diese sind für die Umsatzgrenze nicht massgebend, ebenso die sogenannten Nicht-Entgelte wie Spenden und Beiträge der öffentlichen Hand.

Oft zeigt sich jedoch, dass infolge gastgewerblicher Leistungen (Buvette und Festanlässe) oder Sponsoring schon bei kleineren Vereinen oder gemeinnützigen Institutionen die massgebende Umsatzgrenze von CHF 150 000.- pro Jahr überschritten wird. Dies führt nicht nur zu einer obligatorischen MWST-Registrierung, sondern bindet für diese Organisationen erhebliche finanzielle und administrative Ressourcen. Dies ist umso stossender, da solche Organisationen vielfach von Freiwilligen geführt werden. Per 1. Januar 2023 wird die **Umsatzgrenze für die Mehrwertsteuerpflicht** von nicht-gewinnstrebigen, ehrenamtlich geführten Sport- und Kulturvereinen und gemeinnützigen Institutionen **von bisher CHF 150 000.- auf neu CHF 250 000.- erhöht**.

Rund 180 Vereine und gemeinnützige Institutionen können sich gemäss einer Schätzung aus dem Mehrwertsteuerregister löschen lassen, weil sie die neue Umsatzgrenze nicht erreichen. Entscheidend ist der Umsatz des Jahres 2022, ohne die von der MWST ausgenommenen Erträge. Beträgt dieser Umsatz weniger als CHF 250 000.-, so ist eine **Abmeldung bei der MWST per 1. Januar 2023** möglich. Die Abmeldung muss bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung ESTV **schriftlich** und bis **Ende Februar 2023** erfolgen. Ohne Abmeldung gilt die Steuerpflicht weiterhin.



Elmar Schafer

Fachmann im Finanz- und Rechnungswesen mit eidg. Fachausweis
Spécialiste en finance et comptabilité avec brevet fédéral

Comptabilité

Modifications pour les associations dès le 01.01.2023

Implications de la réforme du droit des sociétés

Si la révision du droit de la société anonyme concerne les sociétés de capitaux, elle ne se limite pas à ces dernières. Les associations et les fédérations sont également concernées par certaines nouveautés, en particulier **les associations** dont la réalisation du but nécessite une **activité commerciale** ou celles qui sont soumises à **l'obligation de révision**. Leur inscription au registre du commerce est obligatoire et elles sont soumises aux dispositions des articles 725, 725b et 725c CO en cas de menace d'insolvabilité ou de surendettement.

Dans le cas où une association risquerait de devenir **insolvable**, le comité doit prendre toutes les mesures nécessaires pour assurer la solvabilité de celle-ci. Si nécessaire, le comité prend également d'autres mesures d'assainissement ou en propose à l'assemblée générale pour autant qu'elles relèvent de la compétence de cette dernière. Le comité doit agir avec célérité.

S'il existe des raisons sérieuses d'admettre **un surendettement**, il convient d'établir sans délai deux bouclements intermédiaires, l'un à la valeur d'exploitation et l'autre à la valeur de liquidation. Il peut être renoncé au bouclement intermédiaire à la valeur de liquidation lorsque l'hypothèse de la continuité de l'exploitation est avérée et que le bouclement intermédiaire à la valeur d'exploitation ne présente pas de surendettement.

Le comité fait examiner le bouclement intermédiaire par l'organe de révision ou, à défaut, par un réviseur agréé; le réviseur agréé est nommé par le comité.

Si l'association est **surendettée** à la lumière des deux bilans intermédiaires, le comité en informe le tribunal. Cette notification peut être ignorée:

- > Si des créanciers ajournent des créances et acceptent qu'elles soient placées à un rang inférieur à celui de toutes les autres créances de la société dans la mesure de l'insuffisance de l'actif, pour autant que la postposition porte également sur les intérêts dus pendant toute la durée du surendettement;
- > Aussi longtemps qu'il existe des raisons sérieuses d'admettre qu'il est possible de supprimer le surendettement en temps utile, mais au plus dans les 90 jours qui suivent l'établissement des comptes intermédiaires, et que l'exécution des créances ne s'en trouve pas davantage compromise.

Le comité et l'organe de révision ou le réviseur agréé agissent avec célérité.

Afin de **remédier à un surendettement**, les immeubles ou les participations dont la valeur réelle dépasse le prix d'acquisition ou le coût de revient peuvent être réévalués jusqu'à concurrence de

cette valeur au plus. Le montant de la réévaluation doit figurer séparément dans la réserve légale issue du bénéfice comme réserve de réévaluation.

La réévaluation ne peut intervenir que si l'organe de révision, ou s'il n'y en a pas, un réviseur agréé, atteste par écrit que les conditions légales sont remplies.

Assujettissement à la TVA assoupli pour les associations

Les associations sportives et culturelles à but non lucratif gérées bénévolement ainsi que les institutions d'utilité publique sont, selon la législation actuelle, libérées de la taxe sur la valeur ajoutée (TVA) pour autant qu'elles réalisent un chiffre d'affaires annuel inférieur à CHF 150'000 provenant de prestations en Suisse et à l'étranger qui ne sont pas exclues dudit impôt.

Les cotisations des membres définies par les statuts ou les billets pour des manifestations culturelles et sportives comme le théâtre, les concerts ou les matchs de football sont p. ex. libérés. Ces revenus ne sont pas déterminants pour la limite du chiffre d'affaires, de même que les éléments qui ne font pas partie de la contre-prestation telles que les subventions et autres contributions de droit public.

Pourtant, même pour les associations de petite taille ou les institutions d'utilité publique, la limite du chiffre d'affaires déterminant de CHF 150 000 par an est souvent dépassée à cause de prestations de restauration (buvettes et fêtes) ou de sponsoring. Cela entraîne non seulement un enregistrement obligatoire à la TVA, mais implique également des ressources financières et administratives considérables pour ces organisations. C'est d'autant plus regrettable que ces dernières sont généralement dirigées par des bénévoles.

À partir du 1er janvier 2023, **la limite du chiffre d'affaires pour l'assujettissement à la TVA des associations sportives et culturelles sans but lucratif gérées bénévolement ainsi que des institutions d'utilité publique est relevée de CHF 150 000.- à désormais CHF 250 000.-.**

Selon une estimation, environ 180 associations et institutions d'utilité publique pourront se faire radier du registre de la TVA puisqu'elles n'atteindront pas la nouvelle limite de chiffre d'affaires.

Seul le chiffre d'affaires de l'année 2022, sans les revenus exclus de la TVA, est déterminant. Si ce dernier est inférieur à CHF 250 000.-, il est possible de **demande la radiation de l'assujettissement à la TVA au 1er janvier 2023**. Cette demande de radiation doit être faite **par écrit** auprès de l'Administration fédérale des contributions **jusqu'à fin février 2023**. Sans cette demande, l'assujettissement à la TVA reste applicable.

Wirtschaftsprüfung

Revidiertes Aktienrecht aus der Sicht des Wirtschaftsprüfers

Am 1. Januar 2023 tritt das neue Aktienrecht in Kraft. Nachfolgend sind einige ausgewählte Themen aus Sicht der Revisionsstelle dargestellt.

Gewinnverwendung und Verlustverrechnung

Dividenden dürfen bekanntlich nur aus dem Bilanzgewinn (Gewinnvorträge der Vorjahre zuzüglich des laufenden Jahresgewinnes) sowie aus entsprechend gebildeten, nicht gesetzlich vorgeschriebenen, Reserven ausgeschüttet werden.

Vor der Festsetzung der Dividende sind in einem ersten Schritt die Zuweisung an die gesetzliche Gewinnreserve in Höhe von 5% des Jahresgewinnes, sowie allfällige statutarisch vorgesehene Zuweisungen an freiwillige Gewinnreserven vorzunehmen.

Unabhängig davon ist zu beachten, dass bei Vorliegen eines COVID-19-Kredites bis zu dessen vollständiger Rückzahlung weder Dividenden noch Tantiemen ausgerichtet werden dürfen. Ebenfalls untersagt sind allfällige Rückzahlungen von Kapitaleinlagen.

Neu ist klar definiert, in welcher Reihenfolge Verluste verrechnet werden müssen:

1. mit dem Gewinnvortrag
2. mit freiwilligen Gewinnreserven
3. mit der gesetzlichen Gewinnreserve
4. mit der gesetzlichen Kapitalreserve

Alternativ zur Verrechnung mit der gesetzlichen Gewinnreserve oder der gesetzlichen Kapitalreserve dürfen verbleibende Verluste nach Anwendung der Reihenfolge 1 und 2 auch vorgetragen werden.

Zwischendividenden

Neu dürfen aus dem Gewinn des laufenden Geschäftsjahres Dividenden unter gewissen Voraussetzungen ausgeschüttet werden:

5. Erstellung eines Zwischenabschluss nach den gleichen Grundsätzen wie bei einem Jahresabschluss.
6. Prüfung des Zwischenabschluss vor der Beschlussfassung der Generalversammlung durch die Revisionsstelle. Diese entfällt, wenn sämtliche Aktionäre der Ausrichtung einer Zwischendividende zustimmen und keine Gläubigerforderungen gefährdet sind. Liegt ein «Opting-Out» vor (Verzicht auf eine Revisionsstelle aufgrund der gesetzlichen Voraussetzungen) ist ebenfalls keine Prüfung erforderlich.

Diese Bestimmungen gelten sowohl für die Aktiengesellschaft (AG) wie auch die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH).

Sanierung

Im Zusammenhang mit der Sanierung von Unternehmen sind die Art. 725, 725b und 725c nOR zu beachten. Neu ist in diesem Zusammenhang die Erweiterung der bisherigen Vorschriften mit dem **Tatbestand der «drohenden Zahlungsunfähigkeit»**.



Peter Schütz
Dipl. Wirtschaftsprüfer
Expert-comptable diplômé

Ergänzend zum Beitrag des Fachbereichs Treuhand, welcher diese Thematik sinngemäss für Vereine beleuchtet, ist nachfolgend die **Berechnung des «hälftigen Kapitalverlust» nach Art. 725a nOR** dargestellt:

- > Aktiven grösser als das Fremdkapital
- > Jedoch kleiner als 50% des (Aktienkapital + gesetzliche Reserven) + Fremdkapital

Gesetzliche Reserven umfassen die gesetzlichen Kapitalreserven, die gesetzlichen Gewinnreserven, die Reserven für (indirekt gehaltene) eigene Aktien sowie die Aufwertungsreserven. Für die obige Berechnung werden von diesen Reserven jedoch maximal 150 % des Aktienkapitals angerechnet.

Bei Vorliegen eines «kleinen» COVID-19-Kredites (bis max. CHF 500 000.-) ist dieser weiterhin bei der Berechnung nicht als Fremdkapital zu berücksichtigen.

Révision

Le nouveau droit de la société anonyme du point de vue de l'expert-comptable

Le nouveau droit de la société anonyme entrera en vigueur le 1^{er} janvier 2023. Ci-dessous, quelques thématiques choisies sous l'angle de l'organe de révision.

Utilisation du bénéfice et compensation des pertes

Rappelons que les dividendes ne peuvent être distribués qu'à partir du bénéfice figurant au bilan (bénéfices reportés des années précédentes plus bénéfice de l'exercice en cours) ainsi que des réserves constituées correspondantes, non prescrites par la loi.

Avant de déterminer le dividende, une première étape consiste à affecter 5% du bénéfice annuel à la réserve légale issue du bénéfice, de même que les éventuelles affectations statutaires aux réserves facultatives de bénéfices.

Nonobstant ce qui précède, aucun versement de dividendes ou de tantièmes ne peut être effectué en présence d'un crédit COVID-19 avant son remboursement intégral. Les éventuels remboursements d'apports en capital sont également interdits.

Désormais, l'ordre de compensation des pertes est clairement défini:

1. Avec le bénéfice reporté
2. Avec les réserves facultatives issues du bénéfice
3. Avec la réserve légale issue du bénéfice
4. Avec la réserve légale issue du capital

Au lieu d'être imputées sur la réserve légale issue du bénéfice ou sur la réserve légale issue du capital, les pertes résiduelles peuvent aussi être reportées après application de l'ordre 1 et 2.

Dividendes intermédiaires

Désormais, il est possible de distribuer des dividendes issus du bénéfice de l'exercice en cours, sous certaines conditions:

5. Établissement d'un bouclage intermédiaire selon les mêmes principes qui régissent l'établissement des comptes annuels.
6. Vérification du bouclage intermédiaire par l'organe de révision avant la prise de décision de l'assemblée générale. Cette vérification devient caduque si tous les actionnaires approuvent le versement d'un dividende intermédiaire et si l'exécution des créances ne s'en trouve pas compromise. En cas d'« Opting-out » (renonciation à un organe de révision en raison des conditions légales), cette vérification n'est également pas nécessaire.

Ces dispositions s'appliquent aussi bien à la société anonyme (SA) qu'à la société à responsabilité limitée (Sàrl).

Assainissement

Concernant l'assainissement des entreprises, il faut observer les articles 725, 725b et 725c nCO.

La nouveauté à ce sujet est l'extension des dispositions actuelles avec l'état de fait de «menace d'insolvabilité».

En complément à l'article du domaine Fiduciaire, qui met en lumière cette thématique par analogie pour les associations, le calcul de la «perte en capital» selon l'art. 725a nCO est présenté ci-dessous:

- > Actifs supérieurs aux fonds étrangers
- > Mais inférieurs à 50% du (capital-actions + réserves légales) + fonds étrangers

Les réserves légales comprennent les réserves légales de capital, les réserves légales issues du bénéfice, les réserves pour actions propres (détenues indirectement) ainsi que les réserves de réévaluation. Pour le calcul ci-dessus, ces réserves sont toutefois prises en compte à hauteur de 150% maximum du capital-actions.

En cas d'existence d'un «petit» crédit COVID-19 (jusqu'à CHF 500 000.- maximum), celui-ci n'est pas à considérer dans le calcul comme capital étranger.

Vorsorgeberatung

Bevorstehende Anpassungen im Bereich der Vorsorge



Valentin Chiquet

Finanzplanung & Vorsorgeberatung
Planification financière & conseil de prévoyance

Am 25. September 2022 wurde die Reform AHV 21 vom Volk angenommen. Ein Reformbedarf besteht jedoch nicht nur im Bereich der AHV (1. Säule). Auch die berufliche Vorsorge (2. Säule) ist unter Druck. Demzufolge hat der Bundesrat im November 2020 die Botschaft zur BVG-Revision verabschiedet.

Anpassungen in der 1. Säule

Das ordentliche Rentenalter (neu Referenzalter) für Frauen wird generell von 64 auf 65 erhöht. Das Referenzalter wird schrittweise um jährlich 3 Monate erhöht. Sollte die Reform ab 01.01.2024 in Kraft treten, bedeutet dies für Frauen mit Jahrgang 1964 und jünger eine ordentliche Pensionierung mit Alter 65. Frauen mit Jahrgang 1961 bis 1963 profitieren von einer Übergangsregelung und müssen 3, 6 oder 9 Monate länger arbeiten.

Zur Abfederung der Übergangsgeneration (voraussichtlich die Jahrgänge 1961 bis 1969), sind zwei Massnahmen vorgesehen. Es sind dies ein lebenslanger Rentenzuschlag bei einer ordentlichen Pensionierung und ein tieferer Kürzungssatz bei einem Vorbezug. Der Rentenzuschlag und die Kürzungssätze sind abhängig von Alter und Einkommen. Frauen mit geringem Einkommen sollen einen grösseren Zuschlag erhalten.

Nebst der Anpassung des Referenzalters und der Abfederungsmassnahmen soll der AHV-Rentenbezug flexibler ausgestaltet werden. Im Gegensatz zu heute soll die AHV-Rente nicht nur 1 oder 2 ganze Jahre im Voraus vorbezogen werden können, sondern zwischen Alter 63 und 70 jederzeit auf Anfang des Folgemonats abrufbar sein. Frauen der Übergangsgeneration steht der Vorbezug weiterhin ab Alter 62 offen. Weiter werden in Zukunft auch Teilbezüge der AHV-Rente möglich sein.

Mit der Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach dem Referenzalter kann die Rentenleistung verbessert werden (bis maximale Rente). Aktuell fließen AHV-Beiträge nach Erreichen des ordentlichen Pensionierungsalters nicht in die Rentenberechnung ein. Dies gilt auch für AHV-Beiträge aus dem Verkaufserlös der eigenen Firma (Liquidationsgewinn). Dies wird sich in Zukunft ändern. An der Volksabstimmung vom 25. September wurde auch der Bundesbeschluss zur Erhöhung der Mehrwertsteuer angenommen und ermöglicht somit eine Zusatzfinanzierung der AHV via Mehrwertsteuer.

Problematik in der 2. Säule und Ziele der BVG-Revision

Die demografische Entwicklung führt dazu, dass immer mehr Menschen aus der Arbeitswelt ausscheiden. Das Verhältnis von aktiven Erwerbstätigen zu Pensionierten verändert sich. Gleichzeitig werden Menschen in der Schweiz immer älter. Das Kapital zur Finanzierung der laufenden Renten wird knapp und Kapitalerträge auf dem Vorsorgeguthaben von

aktiv-Versicherten werden zu einem wesentlichen Teil zur Finanzierung der laufenden Renten herangezogen. Dies, obwohl die Umverteilung der eigentlichen Idee der beruflichen Vorsorge widerspricht.

Die Reform BVG21 soll Abhilfe schaffen. Langfristig soll die Finanzierung der beruflichen Vorsorge gestärkt und sichergestellt werden. Ein zentraler Punkt der Botschaft ist, das Leistungsniveau zu erhalten. Zudem soll die Vorsorge für Teilzeitbeschäftigte – insbesondere Frauen und Personen mit mehreren Arbeitgebern – verbessert werden.

Reform BVG 21

Der Rentenumwandlungssatz soll im obligatorischen Bereich zwecks Anpassung an die längere Lebenserwartung von heute 6.8% auf 6% angepasst werden. Im wenig regulierten Überobligatorium haben die Pensionskassen den Umwandlungssatz längst an das heutige Umfeld angepasst. Trotzdem bedeutet die Senkung des obligatorischen Umwandlungssatzes eine Kürzung der Altersrenten. Diese Kürzung soll mit der Einführung eines altersabhängigen Rentenzuschlags von monatlich CHF 100.– bis CHF 200.– während einer Übergangszeit von mindestens 15 Jahren, kompensiert werden. Die Finanzierung des Zuschlags soll solidarisch über einen Lohnabzug finanziert werden. Um die Vorsorge von Teilzeitbeschäftigten und Personen mit mehreren Arbeitgebern zu verbessern, soll der Koordinationsabzug von CHF 25'095.– auf CHF 12'443.– gesenkt werden. Ein reduzierter Koordinationsabzug erhöht die Versicherungsbasis und damit auch die Vorsorgeleistungen. Zuletzt sollen die Alterskategorien und ihre Sparbeiträge angepasst werden. Anstatt vier Alterskategorien sollen nur noch zwei Alterskategorien gelten. Neu sollen Versicherte zwischen Alter 25 und 44 ein Sparbeitrag von 9% leisten. Ab Alter 45 würde dieser bis zur Pensionierung auf 14% steigen.

Stand der Reform

Die Botschaft wurde im November 2020 vom Bundesrat verabschiedet und im Dezember 2021 mit einigen Anpassungen vom Nationalrat gutgeheissen. Der Ständerat hat die Botschaft im Juni 2022 vorerst zurückgewiesen und in eine Zusatzschleife geschickt.

Conseils prévoyance

Adaptations prévues dans le domaine de la prévoyance

La réforme AVS 21 a été acceptée par le peuple en date du 25 septembre 2022. Cependant, le besoin de réforme ne se limite pas au domaine de l'AVS (1^{er} pilier). La prévoyance professionnelle (2^e pilier) est également sous pression. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral a adopté en novembre 2020 le message concernant la révision de la LPP.

Adaptation du 1^{er} pilier

L'âge ordinaire de la retraite (désormais l'âge de référence) est relevé de manière générale de 64 à 65 ans pour les femmes. Pour ce faire, il sera progressivement augmenté de trois mois par an. Si la réforme AVS 21 entre en vigueur à partir du 01.01.2024, cela se traduira par une retraite ordinaire à 65 ans pour les femmes nées à partir de 1964. Les femmes nées entre 1961 et 1963 bénéficieront d'une mesure de compensation et devront travailler 3, 6 ou 9 mois supplémentaires.

Pour atténuer les conséquences sur la génération transitoire (vraisemblablement les classes d'âges de 1961 à 1969), deux mesures de compensation sont prévues. À savoir un supplément de rente à vie en cas de retraite ordinaire et un taux de réduction plus faible en cas de retraite anticipée. Le supplément de rente et les taux de réduction dépendent de l'âge et du revenu. Pour les femmes à faible revenu, le supplément sera plus important.

Outre l'adaptation de l'âge de référence et les mesures de compensation, la rente AVS deviendra plus flexible. Contrairement à la situation actuelle, la rente AVS ne doit pas seulement pouvoir être anticipée d'une ou deux années entières, mais pourra être perçue à tout moment, entre 63 à 70 ans, au début du mois suivant. Les femmes de la génération transitoire peuvent continuer à bénéficier d'un versement anticipé à partir de 62 ans. De plus, il sera désormais possible de percevoir une rente AVS partielle.

Le maintien d'une activité professionnelle au-delà de l'âge de référence permet d'améliorer les prestations de retraite (jusqu'à concurrence de la rente maximale). Actuellement, les cotisations AVS versées après l'âge ordinaire de la retraite ne sont pas prises en compte dans le calcul de la rente. Il en va de même pour les cotisations AVS provenant du produit de la vente de sa propre entreprise (bénéfice de liquidation). À l'avenir, cette situation va changer. L'arrêté fédéral sur l'augmentation de la TVA a également été accepté lors de la votation populaire du 25 septembre, permettant ainsi un financement supplémentaire de l'AVS via la TVA.

Problématique du 2^e pilier et objectifs de la révision de la LPP

Compte tenu de l'évolution démographique, de plus en plus de personnes quittent la vie active. Le ratio de population active/retraités se modifie. Parallèlement, en Suisse, les personnes vivent de plus en

plus longtemps. Les fonds pour financer les rentes courantes diminuent et les rendements des capitaux des avoirs de prévoyance des assurés actifs sont en grande partie affectés au financement des rentes courantes. Et ce, bien que la redistribution soit en contradiction avec l'idée même de la prévoyance professionnelle.

Avec la réforme LPP21, il s'agit de remédier à cette situation. Le financement de la prévoyance professionnelle doit être renforcé et garanti à long terme. Le point essentiel du message est de maintenir le niveau des prestations. La prévoyance des personnes travaillant à temps partiel – en particulier les femmes et les personnes ayant plusieurs employeurs – doit être améliorée.

Réforme LPP 21

Pour la part obligatoire, le taux de conversion qui est actuellement de 6,8% doit être adapté à une espérance de vie plus longue et diminuer à 6%. Pour la part subobligatoire, moins réglementée, les caisses de pension ont ajusté le taux de conversion au contexte actuel depuis longtemps déjà. Malgré tout, la réduction du taux implique une diminution des rentes de vieillesse. Afin de compenser cette réduction, il est prévu d'introduire un supplément de rente mensuel dépendant de l'âge, d'un montant de CHF 100.– à 200.–, pendant une période transitoire d'au moins 15 ans. Ce supplément sera financé solidairement par une retenue sur le salaire. Pour améliorer la prévoyance des personnes actives à temps partiel et celles ayant plusieurs employeurs, la déduction de coordination devra être abaissée de CHF 25 095.– à CHF 12 443.–. Cette réduction augmente la base d'assurance et par conséquent les prestations de prévoyance. Enfin, les catégories d'âges et leurs cotisations d'épargne salariale devraient également être adaptées. Seules deux catégories d'âges s'appliqueront au lieu des quatre actuelles. La cotisation d'épargne des assurés âgés de 25 à 44 ans passerait à 9%. À partir de l'âge de 45 ans, cette bonification serait portée à 14% jusqu'à la retraite.

État d'avancement de la réforme

Adopté par le Conseil fédéral en novembre 2020, le message a été approuvé avec quelques adaptations par le Conseil national en décembre 2021. Le Conseil des États a rejeté le message en juin 2022 et l'a renvoyé pour un examen complémentaire.

Wirtschafts- & Rechtsberatung

Das revidierte Aktienrecht: besteht Handlungsbedarf?

Ein Thema ist derzeit bei den KMU in aller Munde: das Inkrafttreten des neuen Aktienrechts per 1. Januar 2023. Die Revision umfasst eine Vielzahl von Erleichterungen, welche für die Gesellschaften, die in Form einer Aktiengesellschaft oder einer GmbH gekleidet sind, von überaus praktischem Nutzen sind und unter den Stichworten Vereinfachung, Flexibilisierung und Digitalisierung zusammengefasst werden können. Für einen Überblick über die wichtigsten Neuerungen verweisen wir auf die weiteren Beiträge in diesem CORE Newsletter und in den vorherigen Ausgaben.

Doch eine Frage brennt den Unternehmern unter den Nägeln: Gibt es kurzfristig einen konkreten Handlungsbedarf seitens der Aktionäre und Gesellschafter einer GmbH?

Um es gleich vorwegzunehmen: das revidierte Aktienrecht ist praktischerweise so ausgestaltet, dass die Gesellschaften zwei Jahre Zeit haben, um ihre Statuten anzupassen. Bestimmungen, die dem neuen Aktienrecht widersprechen, bleiben somit bis längstens 31. Dezember 2024 in Kraft und müssen bis dahin geändert werden, sonst werden sie ab dem 1. Januar 2025 automatisch ungültig.

Allerdings vergeben sich Gesellschaften, die ihre Statuten nicht zeitnah anpassen, die Möglichkeit von den durchaus praktischen Gesetzesneuerungen zu profitieren. In der Tat bedarf es für diverse neue Rechtsinstitute einer ausdrücklichen statutarischen Grundlage, sodass die Gesellschaften die Flexibilität des neuen Aktienrechts nicht ausschöpfen können, solange sie ihre Statuten nicht angepasst haben. Konkret zu denken sind unter anderem an folgende Möglichkeiten:

- > Flexibilisierung der Generalversammlung: Nur dank einer entsprechenden Statutenbestimmung kann die in der Corona-Zeit lieb-gewonnene Möglichkeit einer rein virtuellen Generalversammlung weitergeführt werden.
- > Beschränkung der Vertretung von Aktionären an der Generalversammlung: sollen Aktionäre nicht durch aussenstehende Dritte, sondern nur durch Aktionäre vertreten werden dürfen, bedarf es einer statutarischen Klausel,
- > Schiedsklauseln: Sollen gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht beurteilt werden, muss dies in den Statuten vorgesehen werden.

Umgekehrt wird es ab dem 1. Januar 2023 keine Möglichkeit mehr geben, genehmigtes Aktienkapital einzuführen (wird ersetzt durch das sogenannte Kapitalband). Entsprechende alt-

rechtliche Statutenbestimmungen bleiben jedoch in Kraft, sodass es unter Umständen sinnvoll sein kann, vor dem 31. Dezember 2022 noch eine statutarische Grundlage für genehmigtes Aktienkapital zu schaffen.

Ganz allgemein kann die fehlende Anpassung der Statuten an das neue Recht zu verwirlichen Situationen führen, weil Gesetz und Statuteninhalt auseinanderfallen. Zudem bietet sich jetzt die Chance, die Statuten generell zu aktualisieren. So können veraltete Sacheinlage- oder Sachübernahmebestimmungen, unnötige Gesetzeswiederholungen und statutarische Bestimmungen über die Festlegung des Geschäftsjahres gestrichen und die Statuten sowie ein darauf beruhendes Organisationsreglement generell modernisiert werden.



Thomas Bachmann
Leiter Steuern und Recht
Responsable du service fiscal et juridique

Wir empfehlen Aktiengesellschaften und GmbHs, ihre Statuten und ihr Organisationsreglement zu überprüfen, um sie auf den neusten Stand zu bringen und so von den neu geschaffenen Möglichkeiten zu profitieren. Unsere Fachexperten unterstützen Sie dabei gerne und freuen sich auf Ihre Kontaktaufnahme.

Conseil d'entreprise & juridique

Révision du droit de la société anonyme: faut-il agir?

S'il est un sujet qui est actuellement sur toutes les lèvres dans les PME, c'est bien l'entrée en vigueur du nouveau droit de la société anonyme au 1^{er} janvier 2023. La révision contient toute une série d'allègements qui sont d'une extrême utilité pratique pour les sociétés constituées en sociétés anonymes ou en Sàrl et qui peuvent être résumés ainsi: simplification, flexibilisation et digitalisation. Vous trouverez un aperçu des principales nouveautés dans les autres articles de la présente newsletter CORE et dans les éditions précédentes.

Cependant, une question préoccupe les entrepreneurs: y a-t-il un besoin concret d'agir rapidement du côté des actionnaires et des associés d'une Sàrl?

Précisons d'emblée que le droit de la société anonyme révisé est conçu pour être pratique et accorde aux sociétés un délai de deux ans pour adapter leurs statuts. Les dispositions contraires au nouveau droit de la société anonyme resteront donc en vigueur jusqu'au 31 décembre 2024 au plus tard et deviendront automatiquement nulles à partir du 1^{er} janvier 2025 si elles ne sont pas modifiées d'ici là.

Néanmoins, les sociétés qui n'adaptent pas leurs statuts en temps utile se privent de toute opportunité de profiter des nouveautés législatives pourtant très pratiques. Certaines nouvelles institutions juridiques nécessitent en effet une base statutaire explicite, empêchant ainsi les sociétés d'exploiter la flexibilité du nouveau droit des sociétés anonymes tant qu'elles n'ont pas adapté leurs statuts. Concrètement, citons entre autres les options suivantes:

- > Assouplissement de l'assemblée générale: seulement une disposition statutaire appropriée permettra de maintenir la possibilité d'une assemblée générale purement virtuelle, très appréciée durant le Covid,
- > Restriction de la représentation des actionnaires à l'assemblée générale: une clause statutaire est nécessaire si les actionnaires souhaitent être représentés uniquement par des actionnaires et non par des tiers,
- > Clauses d'arbitrage: si des litiges relevant du droit des sociétés doivent être tranchés par un tribunal arbitral, il faut que cela soit prévu dans les statuts.

En revanche, il ne sera plus possible d'introduire un capital-actions autorisé à partir du 1^{er} janvier 2023 (il sera remplacé par ce que l'on appelle la marge de fluctuation du capital). Les dispositions statutaires correspondantes de l'ancien droit restent

toutefois en vigueur, si bien qu'il pourrait être judicieux de prévoir une base statutaire pour le capital-actions autorisé avant le 31 décembre 2022.

Globalement, le défaut d'adaptation des statuts au nouveau droit peut conduire à des situations confuses, car la loi diverge du texte des statuts. Le moment est en outre propice à une mise à jour générale des statuts. Ainsi, les dispositions obsolètes relatives aux apports en nature ou aux reprises de biens, les répétitions inutiles de la loi et les dispositions statutaires relatives à la détermination de l'exercice comptable peuvent être supprimées tandis que les statuts et un règlement d'organisation établi à partir ces derniers peuvent être modernisés de manière générale.

Nous encourageons les SA et les Sàrl à revoir leurs statuts et leur règlement d'organisation et à les actualiser afin de profiter des nouvelles opportunités. Nos experts vous soutiennent volontiers dans cette démarche et se réjouissent de votre prise de contact.

CORE Inside

Neueintritte

Nouveaux engagements

- > 01.08.2022 / Düringen: **Eveline Brügger**
Leiterin Finanzen und Personalwesen
- > 01.08.2022 / Bern: **Viola Cacaï**
Lernende 1. Lehrjahr
- > 16.08.2022 / Düringen: **Ivan Siffert**
Sachbearbeiter Treuhand
- > 17.08.2022 / Düringen: **Yannick Schmutz**
Lernender 1. Lehrjahr
- > 01.09.2022 / Fribourg: **Sandro Riedo**
Sachbearbeiter Treuhand
- > 01.09.2022 / Bern: **Jacqueline Perrot**
Mitarbeiterin Sekretariat / Empfang
- > 05.09.2022 / Bern: **Max Andrey**
Assistent Wirtschaftsprüfung
- > 01.10.2022 / Düringen: **Thomas Bachmann**
Leiter Steuern & Recht
- > 01.11.2022 / Düringen: **Kathrin Würger**
Sachbearbeiterin Treuhand
- > 01.11.2022 / Bern: **Bettina Gnehm**
Empfang
- > 09.11.2022 / Düringen: **Isabelle Gioielli**
Juristin und Steuerberaterin

Dienstjubiläen

Jubilés de service

5 Jahre / 5 ans

- > 01.08.2022: **Lea Trüeb**
- > 01.10.2022: **Fabian Gangl**

30 Jahre / 30 ans

- > 01.09.2022: **Elmar Schafer**

Prüfungserfolge

Succès aux examens

- > **Sandro Riedo**
Kaufmann EFZ mit Berufsmatura
- > **Melina Trachsel**
Dipl. Finanzberaterin IAF
- > **Lea Trüeb**
Sozialversicherungsfachfrau mit eidg. Fachausweis

Thomas Bachmann Neuer Leiter Steuern & Recht



Thomas Bachmann hat per 1. Oktober 2022 die neu geschaffene Stelle «Leiter Steuern & Recht» angetreten. Er hat in Freiburg Recht studiert und im Jahr 1999 das Freiburger Anwaltspatent erworben. Im Jahr 2015 hat er erfolgreich ein berufsbegleitend absolviertes Masterstudium in Steuerrecht abgeschlossen. Thomas Bachmann ist seit über 20 Jahren in der Treuhandbranche tätig und war zuletzt Leiter Recht & Steuern in einer mittelgrossen Treuhandfirma des Kantons Freiburg. Er arbeitet auf Deutsch, Französisch und Englisch, insbesondere auf dem Gebiet des Steuer-, Erb-, Gesellschafts- und Handelsrechts. Bevorzugte Beratungsthemen sind Nachfolgelösungen im weitesten Sinne, straflose Selbstanzeigen und Umstrukturierungen.

Mit der neu geschaffenen Stelle verfolgt CORE das Ziel, die Steuer- und Rechtsberatung gruppenweit auszubauen und noch mehr als schon bisher in die tägliche Beratungstätigkeit unserer Mitarbeitenden einzubinden. Dazu kann Thomas Bachmann auf die wertvolle Mitarbeit der Fachbereichsleiter Alain Zbinden, Leiter Steuern, und Fabio Jutetz, Leiter Wirtschafts- und Rechtsberatung, zählen.

«Ich freue mich sehr auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Partnern, Kadern und Mitarbeitenden von CORE.»

Thomas Bachmann, Rechtsanwalt, LL.M./MAS in Taxation, Leiter Steuern und Recht

Abacus: digitale Verarbeitung der Kreditorenbelege

Durch das Scannen der Kreditorenbelege können Ihre Arbeitsprozesse vereinfacht werden. Mit wenigen Klicks oder auch automatisch, werden neue Lieferanten in den Stammdaten gespeichert. Der gescannte Originalbeleg wird gesetzeskonform bei der Buchung hinterlegt und muss nicht mehr physisch aufbewahrt werden.

Durch das integrierte E-Banking werden die zur Zahlung fälligen und freigegebenen Rechnungen direkt bezahlt und verbucht. Dies ermöglicht eine effiziente Bewirtschaftung der offenen Lieferantenrechnungen ohne weitere manuelle Eingriffe. Sie haben jederzeit den Überblick über Ihre Belege und können diese digital einsehen.

Die Abacus Kreditorenbuchhaltung können Sie bei uns als cloudbasiertes Modul (Aba-Web) beziehen. Gerne unterstützen wir Sie bei der Umsetzung.

Abacus: traitement numérique des justi- ficatifs de créanciers

Simplifiez vos processus de travail en scannant les documents des créanciers. Pour enregistrer de nouveaux fournisseurs dans les données de base, la numérisation se fait en quelques clics ou automatiquement. Conformément à la loi, le justificatif original scanné est classé lors de la comptabilisation et ne doit plus être conservé physiquement.

Les factures échues et validées sont directement payées et comptabilisées grâce à l'e-Banking intégré. Ainsi, les factures ouvertes des fournisseurs sont gérées efficacement, sans autre intervention manuelle. Un aperçu de vos justificatifs vous est fourni à tout moment et vous pouvez les consulter sous forme électronique.

Nous vous proposons la comptabilité des créanciers Abacus au format cloud (AbaWeb) et soutenons volontiers lors de cette mise en place.

Treuhand
Wirtschaftsprüfung
Steuern & MWST
Wirtschafts- & Rechtsberatung
Vorsorgeberatung

Comptabilité
Révision
Fiscalité & TVA
Conseil d'entreprise & juridique
Conseils prévoyance

Düdingen

Chännelmattstrasse 9
3186 Düdingen
T +41 26 492 78 78
F +41 26 492 78 79

Bern

Eigerstrasse 60
3007 Bern
T +41 31 329 20 20
F +41 31 329 20 21

Fribourg

Avenue Beauregard 1
1700 Fribourg
T +41 26 347 28 80
F +41 26 347 28 90

core-partner.ch

EXPERTsuisse zertifiziertes Unternehmen
Mitglied von TREUHAND | SUISSE
Entreprise certifiée EXPERTsuisse
Membre de FIDUCIAIRE | SUISSE